

Mückstein legt Hand an

Wieder ein bisschen Ärzteluft schnupern: Zum offiziellen Auftakt der Betriebsimpfungen hat Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) am Montag selbst Hand angelegt und im oberösterreichischen Eberstallzell einige Hofer-Angestellte in der dort betrieblich eingerichteten Impfstraße geimpft. In den kommenden Wochen sollen 70.000 Beschäftigte aus dem Lebensmitteleinzelhandel immunisiert werden. Weitere 150.000 aus anderen Branchen folgen. APA



„Sie wandeln auf den Spuren des HC Strache“

Opposition sieht rote Linien überschritten. ÖVP verteidigt sich.

WIEN Die ÖVP ist von einem überzeugt: Die Opposition patzt an, diffamiert und verunglimpft. So formuliert es Klubobmann August Wöginger am Montag bei der Sondersitzung im Nationalrat. Die Opposition schützte einfach mit Dreck, bis „irgendein Patzer!“ hängen bleibt.

Es ist aber nicht die Opposition, die gegen Bundeskanzler Sebastian Kurz wegen Falschaussage im U-Ausschuss ermittelt, sondern die Staatsanwaltschaft. Auch Finanzminister Gernot Blümel wird bei Ermittlungen rund um mögliche Parteispenden als Beschuldigter geführt. Anklage gibt es derzeit jedoch keine. Beide Politiker beteuern ihre Unschuld. Kurz erklärt, immer die Wahrheit gesagt zu haben. Blümel beteuert, dass es keine Gegenleistung für Parteispenden gegeben habe. Die vom U-Ausschuss angeforderten Akten hat er mittlerweile geliefert - nach einer Exekutionsandrohung. In Folge einer weiteren Auseinandersetzung stuft sein Ressort nun auch die Klassifizierung mancher Akten herab.

Zwischen ÖVP und Opposition stehen irgendwo die Grünen. Der



Meinl-Reisinger kritisiert Kurz. APA

Koalitionsfrieden ist seit Längerem angeknackst. Mandatar David Stögmler (Grüne) berichtet etwa von tief erschüttertem Vertrauen in den Finanzminister.

Die Ministeranklage gegen Blümel bleibt mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und Neos ebenso in der Minderheit wie der Misstrauensantrag gegen den Kanzler, dem nur die Freiheitlichen zustimmen. FPÖ-Obmann Herbert Kickl erinnert Kurz etwa an eine Aussage kurz nach dem Ibiza-Skandal, wonach der Kanzler nicht mit einem Regierungsmitglied zusammenarbeiten

wollte, gegen das ermittelt werde. „So?!? Was ist jetzt?“, will Kickl wissen. „Sie wandeln schon langsam auf den Spuren des HC Strache.“

SPÖ-Obfrau Pamela Rendi-Wagner wirft der ÖVP systematische Missachtung der demokratischen Institutionen vor. Sie spricht von Attacken gegen die Justiz, mangelndem Respekt gegenüber dem Parlament und Missachtung des Höchstgerichts.

Neos-Chefin Beate Meinl-Reisinger erklärt, dass für jeden natürlichen der Unschuldsvermutung gelte. Für ein Regierungsmitglied müsse eine Anklage aber eine rote Linie sein. „Anklagebank und Regierungsbank passen nicht zusammen.“ Und weiter: „Sollte es zu einer Verurteilung kommen, muss man die Frage stellen, ob den Menschen ein krimineller Kanzler zumutbar ist.“

Kurz verteidigt sich. Er sei unschuldig und habe immer wahrheitsgemäß geantwortet. Die Opposition könne selbst entscheiden, wie weit sie nun gehen wolle, um andere herabzuwürdigen. Die ÖVP werde sich nicht davon abbringen lassen, daran zu arbeiten, wofür sie gewählt worden sein. **VN-EBI**



Kommentar
Julia Ortner

Klick! Mich! An! Das Aufmerksamkeits-Spiel

Die Wissenschaftsjournalistin Mai Thi Nguyen-Kim hält den Menschen im Medienbetrieb gerne einen Spiegel vor, in dem die sich allerdings weniger gerne erblicken. „Wir leben leider in einer Medienlandschaft, die jenen die größte Bühne gibt, die

„Zuspitzung, Polemik und Emotionen treiben das mediale Geschäft heute bekanntermaßen an.“

am lautesten schreien und sich empören“, sagt die kürzlich mit dem Grimme-Preis ausgezeichnete deutsche Chemikerin jetzt in einem Interview mit der „Presse“.

Zuspitzung, Polemik und Emotionen treiben das mediale Geschäft heute bekanntermaßen an, und die Formel dafür ist einfach, meint auch Nguyen-Kim: „Empörung bringt Klicks. Klicks bringen Werbegeld. Das ist ein gefährlicher Strudel, und das sage ich, die auch auf YouTube so eine große Reichweite hat.“ Mit ihrem öffentlich-rechtlichen YouTube-Kanal MailLab erreicht die Chemikerin 1,3 Millionen Menschen, die sich von ihr naturwissenschaftliche Themen erklären lassen. Gerade in der Corona-Pandemie leistet sie grundlegende Aufklärungsarbeit, klar, pointiert, aber auch immer sachlich und den wissenschaftlichen Fakten verpflichtet.

Eine erfreuliche Antithese zu der leider allzu oft vom reinen Wunsch nach Aufmerksamkeit getriebenen Medienwelt. Gerade die Social-Media-Plattformen wirken hier als Brandbeschleuniger, man hat das in der Pandemie gut beobachten können: Je wilder und gefühligter man einen Standpunkt vertritt, umso mehr Zustimmung bekommt man - und

wenn es auch deutliche Ablehnung gibt, umso besser, ich und meine Meinung, wir zwei fallen auf! Dabei geht die große positive und verbindende Dimension von Social Media manchmal fast unter - Menschen zumindest im Netz zusammenzubringen, so auch gegen Einsamkeit und Vereinzelung gerade in der Ausnahmesituation anzugehen, möglicherweise neue Netzwerke zu bilden.

Mit dem Holzknüppel unterwegs

Klick mich an! Fav meinen Tweet! Teile meine überaus starke Meinung! In der von Social Media angetriebenen Medienwelt wird sich der Umgang miteinander in der neuen Phase der Pandemie nicht entspannen. Wer ganz kalkuliert im Sinne des Aufmerksamkeitsgewinns mit Aggressionen arbeitet und lieber mit dem Holzknüppel herumrudert als mit dem Florett zu fechten versucht, wird es aufgrund des Erfolgs bei seinen Zielgruppen weiterhin tun. Die anderen, die das nicht wollen, sind für die Emotionsgetriebenen vor allem das: langweilig und angepasst. Fad, so nennt man das in Wien.

Wie man im Strudel der allgemeinen Emotionalisierung, in der viele vor allem die eigene Agenda betreiben, gemeinsam vernünftig an einer Gesellschaft arbeiten will, in der die Menschen vielleicht besser und friedlich miteinander (oder zumindest nebeneinander) leben können - das kann bisher niemand aus der Neigungsgruppe Emotionensturm erklären. Wäre ja auch fad.

JULIA ORTNER
julia.ortner@vn.at

Julia Ortner ist Journalistin mit Vorarlberger Wurzeln, lebt in Wien und arbeitet für den ORF-Report.

VN-INTERVIEW. Gerhard Schwarz (70) Ökonom, Autor

„Die Schweiz will keine Sonderrechte, das wäre absurd“

Gerhard Schwarz über das Schweizer Staatsverständnis und ihr Verhältnis zur EU.

ZÜRICH „Die Schweiz hat Zukunft“ heißt das Buch des schweizerisch-österreichischen Ökonomen und Autors Gerhard Schwarz. Die Beziehung zur EU ist der Schweiz wichtig, sagt der gebürtige Vorarlberger. Eine Mehrheit sei indes nicht bereit, das besondere politische System zu opfern.

Was ist der größte Unterschied zwischen der Schweiz und Österreich?

SCHWARZ Entscheidend ist das Staatsverständnis. Die Schweiz heißt nicht umsonst Eidgenossenschaft. Der Staat ist keine Obrigkeit, sondern eine Genossenschaft. Das ist stark in den Köpfen drin. Die staatliche Verwaltung steht nicht über der Bürgerin, dem Bürger; sie ist ein Dienstleister. Dazu kommt



„Wirklicher Föderalismus heißt Steuerwettbewerb“, sagt Schwarz.

die Kleingliedrigkeit mit fast 2000 Gemeinden und 26 Kantonen (inklusive Halbkantonen) auf einer halb so großen Fläche wie Österreich. Das ist Souveränität von unten nach oben.

Wie ist die Beziehung zu Vorarlberg?

SCHWARZ Lange herrschte ein starkes Wohlstandsgefälle. Dieses ist weitgehend einer Begegnung auf Augenhöhe gewichen. Man blickt heute mit viel Respekt auf die wirtschaftlichen Erfolge Vorarlbergs,

und das Land ist ein beliebtes Ferienglied. Die Einkaufsströme haben sich zum Teil umgekehrt. Die Pendlerströme gehen aber fast nur in eine Richtung. Die Schweiz bietet Vorarlberg gute Arbeitsplätze.

Das Verhältnis zur EU steht auf dem Prüfstand. Es geht um das Rahmenabkommen. Die Schweiz will Streitfragen wie die Personenfreizügigkeit ausklammern. Kann sie auf Sonderrechte pochen?

SCHWARZ Die Schweiz will keine Sonderrechte, das wäre absurd. Aber sie ist ein souveräner Staat inmitten der EU, nicht Mitglied der EU. Die Forderung, auf Basis der Unionsbürgerrichtlinie EU-Bürgern fast ohne Hürden Zutritt zum Sozialsystem des Nicht-Mitglieds Schweiz zu gewähren, ist unhaltbar. Generell ist die Zuwanderung ein Problem, weil ein reiches Land mit neun Millionen Einwohnern, umgeben von Staaten mit 200 Millionen Einwohnern, die eine der Landessprachen sprechen, eine Sogwirkung ausübt.

Wie wichtig ist den Schweizern denn überhaupt das Verhältnis zur EU?

SCHWARZ Die Beziehung ist wirtschaftlich sehr wichtig. Gut die Hälfte der Exporte gehen in die EU, mit der die Schweiz trotzdem ein Handelsbilanzdefizit aufweist. Aber wichtig sind auch die menschlichen Beziehungen über die Grenze hinweg oder der kulturelle und wissenschaftliche Austausch. Eine Mehrheit ist jedoch nicht bereit, das besondere politische System der Schweiz zu opfern, und das ist rein sachlich auch nicht nötig.

Sie beschreiben den Schweizer Föderalismus als Non-Zentralismus. Was ist aus Ihrer Sicht das Spezielle daran?

SCHWARZ Wirklicher Föderalismus heißt Steuerwettbewerb. Jede Gemeinde und jeder Kanton hat eine andere Steuerbelastung. Das führt zu Haushaltsdisziplin und zum Bewusstsein, dass man für das Projekt einer Gemeinde oder eines Kantons immer das eigene Geld ausgibt. Erst das macht den Staat bürgernah.

Die direkte Demokratie gilt als identitätsstiftend in der Schweiz. Kritiker sagen, dass Volksabstimmungen oft stimmunggetrieben sind und Minderheiten benachteiligen.

SCHWARZ Demokratie ist oft stimmunggetrieben. Sachabstimmungen sind eher weniger emotional als Wahlen. Und die Frage ist, ob sich Stimmungen gelegentlich in einer von jährlich über zehn Sachabstimmungen ein Ventil suchen, oder ob sie in Wahlen zum Ausdruck kommen. Frankreich ist an einer sehr rechtspopulistischen Präsidentschaft vorbeigeschrammt, Österreich wurde von der EU nach der Regierungsbeteiligung der Haider-FPÖ geächtet, in Italien wurde eine ähnliche Konstellation toleriert. Die halbdirekte Schweizer Demokratie muss sich vor der parlamentarischen Demokratie nicht schämen. **VN-RAM**

„Die Schweiz hat Zukunft. Von der positiven Kraft der Eigenart“ ist 2021 im NZZ Libro Verlag erschienen.

